



Presseinformation

Nr. 135/2006

Kiel, Mittwoch, 26. April 2005

Innen/Recht/Umwelt

Wolfgang Kubicki: „Informations*feig*heit statt Informationsfreiheit“

Zum heute vorgestellten Gesetzentwurf der Landesregierung zum Informationsfreiheitsgesetz erklärte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Informationsfreiheitsgesetz spricht mehr die Informations*feig*heit der Regierung. So wird der Handlungsbereich des heute bereits geltenden Informationsfreiheitsgesetzes deutlich eingeschränkt. Die Informationspflicht für fiskalisches Handeln von Behörden, die heute noch gilt, soll künftig entfallen.

Das gilt ebenso für die Herausnahme von natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts von der Informationspflicht im vorliegenden Gesetzentwurf. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Auskunftspflicht nur für so genannte ‚Beliehene‘ wird der Tatsache nicht gerecht, dass öffentliche Aufgaben zunehmend durch Private erfüllt werden, die bei dieser Aufgabenerfüllung auch privatrechtlich tätig werden“, so Kubicki weiter.

„In der vorliegenden Form wird dieser Gesetzentwurf nicht unsere Zustimmung finden“, schloss der liberale Fraktionschef.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de